

Vorstand  
S 1  
3. Januar 2020

**Meldebestimmungen**

**Bankstatistische Meldungen und Anordnungen**

1. Änderung bankstatistischer Meldepflichten
2. Aufhebung einer Bundesbankmitteilung

**1. Änderung bankstatistischer Meldepflichten**

Im Hinblick auf Artikel 5 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ABl. EG Nr. C 191 vom 27. September 1992, S. 68), die Verordnung (EG) Nr. 2533/98 des Rates vom 23. November 1998 über die Erfassung statistischer Daten durch die Europäische Zentralbank (ABl. L 318 S. 8), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) 2015/373 des Rates vom 5. März 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2533/98 über die Erfassung statistischer Daten durch die Europäische Zentralbank (ABl. Nr. L 64 S. 6), die Verordnung (EU) 2016/867 der Europäischen Zentralbank vom 18. Mai 2016 über die Erhebung von granularen Daten zu Krediten und Kreditrisiken (EZB/2016/13; ABl. EU Nr. L 144, S. 44), sowie § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1782), zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), werden die Berichtspflichten für die Erhebung von granularen Daten zu Krediten und Kreditrisiken angepasst.

**Kreditdatenstatistik (AnaCredit)**

**(1) Berichtspflichtige**

Zur Meldung an die Deutsche Bundesbank sind in Deutschland gebietsansässige Kreditinstitute sowie in Deutschland gebietsansässige Zweigniederlassungen von im Ausland gebietsansässigen Kreditinstituten (Art. 3 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2016/867) verpflichtet. Als Kreditinstitute gelten die in Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648 (ABl. L 176 vom 27.06.2013, S. 1).

---

Telefon	Termin	Vordr.	Vorgang	Überholt
069 9566-2219 oder 069 9566-0	Veröffentlicht im Bundesanzeiger AT vom 17. Januar 2020			

genannten Unternehmen. Sie sind unabhängig davon berichtspflichtig, ob es sich bei ihnen um gemäß der Richtlinie 2013/36/EU<sup>2</sup> beaufsichtigte Institute handelt.

In Deutschland gebietsansässige Kreditinstitute mit im Ausland gebietsansässigen Zweigniederlassungen haben neben der Meldung für den in Deutschland gebietsansässigen Teil des Instituts auch Meldungen für die im Ausland gebietsansässigen Zweigniederlassungen einzureichen (Art. 6 der Verordnung (EU) 2016/867). Für die einzelnen Sitzländer sind separate Kreditdatenmeldungen zu erstatten; die Angaben für die in demselben Sitzland gebietsansässigen Zweigniederlassungen sind in einer Meldung zusammenzufassen. Die Vertragspartner-Stammdatenmeldung hat in einer gemeinsamen Meldung für alle beobachteten Einheiten des gebietsansässigen Kreditinstituts mit im Ausland gebietsansässigen Zweigniederlassungen zu erfolgen.

## **(2) Allgemeine statistische Berichtspflichten**

Die Berichtspflichtigen haben die in Art. 4 der Verordnung (EU) 2016/867 dargestellten Berichtspflichten in Übereinstimmung mit dieser Anordnung zu erfüllen. Vorbehaltlich der unter (7) aufgeführten Meldeerleichterungen haben die Berichtspflichtigen die Berichtspflichten gemäß den auf der Website der Deutschen Bundesbank unter *Service > Meldewesen > Bankenstatistik > AnaCredit* abrufbaren Meldeschemata für Vertragspartner-Stammdaten und Kreditdaten („AnaCredit-Meldeschema für Vertragspartner-Stammdaten“ und „AnaCredit-Meldeschema für Kreditdaten“) in ihrer jeweils geltenden Fassung zu erfüllen.

## **(3) Meldeschwelle und Instrumente**

Eine Berichtspflicht besteht für Instrumente, bei denen der Betrag des Engagements des Schuldners zu irgendeinem Meldestichtag innerhalb des Referenzzeitraums mindestens 25 000 EUR beträgt (Art. 5 der Verordnung (EU) 2016/867). Ausgenommen sind Kredite, die ausschließlich an natürliche Personen vergeben werden. Werden Kredite an mehrere Parteien mit mitschuldnerischer Haftung vergeben, an welchen natürliche Personen als Schuldner beteiligt sind, oder sind natürliche Personen auf sonstige Weise mit Instrumenten verbunden, die im Rahmen von AnaCredit gemeldet werden müssen, ist für die natürliche Person kein Datensatz zu melden. Allerdings ist in einem solchen Fall die Existenz einer derartigen Verbindung sowie die Art der Verbindung zu einer natürlichen Person (Mitschuldner oder Sicherungsgeber) anzugeben. Personenbezogene Daten dürfen dabei nicht gemeldet werden.

---

<sup>2</sup> Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.06.2013, S. 338).

#### **(4) Meldefrequenz**

Die Berichtspflichtigen haben bei der Deutschen Bundesbank folgende Meldungen abzugeben (Art. 6 Abs. 1 i. V. m. Anhang I der Verordnung (EU) 2016/867):

##### **a) Vertragspartner-Stammdaten**

Die Meldung von Vertragspartner-Stammdaten hat einmalig bei Abschluss des zu meldenden Vertrags und jeweils bei Änderung eines oder mehrerer Merkmale zu erfolgen. Bei Änderung eines oder mehrerer Merkmale ist nicht nur das jeweilige geänderte Merkmal zu melden, sondern es sind alle Merkmale des betroffenen Vertragspartner- Stammdatensatzes zu melden.

##### **b) Kredit-Stammdaten**

Die Meldung von Kredit-Stammdaten hat einmalig bei Abschluss des zu meldenden Vertrags oder dem Empfang der Sicherheit und jeweils bei Änderung eines oder mehrerer Merkmale zu erfolgen. Bei Änderung eines oder mehrerer Merkmale ist nicht nur das jeweilige geänderte Merkmal zu melden, sondern es sind alle Merkmale des betroffenen Kredit-Stammdatensatzes nach jeweils i)-iii) zu melden.

Hierzu zählen folgende Kredit-Stammdatensätze:

- i) Instrumentendaten
- ii) Daten zu Vertragspartner-Instrument
- iii) Daten empfangener Sicherheiten

##### **c) Dynamische Kreditdaten**

aa) Meldung von dynamischen Kreditdaten, die monatlich zu übermitteln sind.

Hierzu zählen:

- i) Finanzdaten
- ii) Daten zu Verbindlichkeiten mit mitschuldnerischer Haftung
- iii) Daten zu Instrument-empfangene Sicherheit
- iv) Daten des Vertragspartnerrisikos
- v) Daten des Vertragspartnerausfalls

bb) Meldung von dynamischen Kreditdaten, die vierteljährlich zu übermitteln sind.

Hierzu zählen:

Rechnungslegungsdaten

#### **(5) Meldetermine**

Die Meldung von Vertragspartner-Stammdaten und Kredit-Stammdaten an die Deutsche Bundesbank ist täglich möglich. Für in Deutschland gebietsansässige beobachtete Einhei-

ten ist diese Meldung spätestens bis zum Geschäftsschluss des 6. Geschäftstages nach Ablauf eines jeden Monats, in dem das die Meldepflicht auslösende Ereignis eingetreten ist (s. oben Ziff. (4) a und b), an die Deutsche Bundesbank zu übermitteln ist.

Für im Ausland gebietsansässige beobachtete Einheiten ist diese Meldung spätestens bis zum Geschäftsschluss des 15. Geschäftstages nach Ablauf eines jeden Monats, in dem das die Meldepflicht auslösende Ereignis eingetreten ist (s. oben Ziff. (4) a und b), an die Deutsche Bundesbank zu übermitteln. Unabhängig von der gewählten Meldefrequenz ist sicherzustellen, dass innerhalb der genannten Meldetermine Vertragspartner-Stammdaten und Kredit-Stammdaten mit dem Stand des jeweils letzten Tages des Monats (Meldestichtag) an die Deutsche Bundesbank übermittelt wurden.

Auf Antrag kann Berichtspflichtigen,

- a) deren AnaCredit-Meldung beobachtete Einheiten ein- und desselben Rechtsträgers in unterschiedlichen Ländern umfasst,
- b) die selbst die rechtlich unselbständige Niederlassung einer ausländischen Bank in Deutschland sind, oder
- c) die nach Maßgabe des Abschnitts 5. der Anlage 1 zur Anordnung für die monatliche Bilanzstatistik (Mitteilung Nr. 8002/2014) berichtspflichtig sind,

für diese Meldung eine Verlängerung der Einreichungsfrist bis zum Geschäftsschluss des 9. Geschäftstages nach Ablauf des jeweiligen Monats gewährt werden.

Die Meldung monatlich zu meldender Daten ist für in Deutschland gebietsansässige beobachtete Einheiten mit dem Stand des jeweils letzten Tages des Monats (Meldestichtag) bis zum Geschäftsschluss des 6. Geschäftstages nach Ablauf eines jeden Monats, in dem das die Meldepflicht auslösende Ereignis eingetreten ist, an die Deutsche Bundesbank zu übermitteln. Für im Ausland gebietsansässige beobachtete Einheiten ist diese Meldung bis zum Geschäftsschluss des 15. Geschäftstages nach Ablauf eines jeden Monats an die Deutsche Bundesbank zu übermitteln.

Auf Antrag kann Berichtspflichtigen,

- a) deren AnaCredit-Meldung beobachtete Einheiten ein- und desselben Rechtsträgers in unterschiedlichen Ländern umfasst,
- b) die selbst die rechtlich unselbständige Niederlassung einer ausländischen Bank in Deutschland sind oder
- c) die nach Maßgabe des Abschnitts 5. der Anlage 1 zur Anordnung für die monatliche Bilanzstatistik (Mitteilung Nr. 8002/2014) berichtspflichtig sind

für diese Meldung eine Verlängerung der Einreichungsfrist bis zum Geschäftsschluss des 9. Geschäftstages nach Ablauf des jeweiligen Monats gewährt werden.

Die Meldung vierteljährlich zu meldender Daten mit dem Stand des jeweils letzten Tages im März, Juni, September und Dezember (Meldestichtage) ist folgendermaßen an die Deutsche Bundesbank zu übermitteln: Daten des 1. Quartals sind bis zum Geschäftsschluss des 12. Mai; Daten des 2. Quartals bis zum Geschäftsschluss des 11. August; Daten des 3. Quartals bis zum Geschäftsschluss des 11. November jeweils des selben Jahres und Daten des 4. Quartals bis zum Geschäftsschluss des 11. Februar des Folgejahres zu übermitteln. Fällt der Meldetermin auf einen gesetzlichen Feiertag oder einen Samstag

oder Sonntag, so sind die Daten bis zum Geschäftsschluss des darauffolgenden Geschäftstages zu übermitteln.

## **(6) Meldeerleichterungen**

- a) Die Deutsche Bundesbank macht von der Möglichkeit gemäß Art. 16 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2016/867 Gebrauch, kleinen Berichtspflichtigen eine Meldeerleichterung in Form einer reduzierten Berichtspflicht zu gewähren, sofern der gemeinsame Beitrag dieser Berichtspflichtigen zum Gesamtbetrag ausstehender Kredite gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1071/2013 in Deutschland gebietsansässiger Berichtspflichtiger 2 % nicht übersteigt. Die Deutsche Bundesbank unterrichtet die von dieser Meldeerleichterung betroffenen Berichtspflichtigen. Eine Aufhebung der Meldeerleichterung wird den Meldepflichtigen mindestens 18 Monate vor Beginn der vollen Berichtspflicht bekanntgegeben. Für die von der Meldeerleichterung betroffenen kleinen Berichtspflichtigen gilt eine reduzierte Berichtspflicht gemäß den auf der Website der Deutschen Bundesbank unter *Service > Meldewesen > Bankenstatistik > AnaCredit* abrufbaren Meldeschemata für Vertragspartner-Stammdaten und Kreditdaten („AnaCredit-Meldeschema für Vertragspartner-Stammdaten“ und „AnaCredit-Meldeschema für Kreditdaten“) in ihrer jeweils geltenden Fassung.
- b) Für Instrumente, die vor dem 1. September 2018 vergeben wurden (Bestands-geschäft), gilt eine reduzierte Berichtspflicht gemäß den auf der Website der Deutschen Bundesbank unter *Service > Meldewesen > Bankenstatistik > AnaCredit* abrufbaren Meldeschemata für Vertragspartner-Stammdaten und Kreditdaten („AnaCredit-Meldeschema für Vertragspartner-Stammdaten“ und „AnaCredit-Meldeschema für Kreditdaten“) in ihrer jeweils geltenden Fassung.
- c) Für Zweigniederlassungen, die außerhalb der Berichtsmitgliedstaaten gebiets-ansässig sind, gilt eine reduzierte Berichtspflicht gemäß den auf der Website der Deutschen Bundesbank unter *Service > Meldewesen > Bankenstatistik > AnaCredit* abrufbaren Meldeschemata für Vertragspartner-Stammdaten und Kreditdaten („AnaCredit-Meldeschema für Vertragspartner-Stammdaten“ und „AnaCredit-Meldeschema für Kreditdaten“) in ihrer jeweils geltenden Fassung.
- d) Für beobachtete Einheiten, die keinen Eigenmittelanforderungen unterliegen, gilt eine reduzierte Berichtspflicht gemäß dem auf der Website der Deutschen Bundesbank unter *Service > Meldewesen > Bankenstatistik > AnaCredit* abruf-  
baren Meldeschema für Kreditdaten („AnaCredit- Meldeschema für Kreditda-  
ten“) in der jeweils geltenden Fassung.
- e) Für vollständig ausgebuchte, verwaltete Instrumente gilt eine reduzierte Berichtspflicht gemäß dem auf der Website der Deutschen Bundesbank unter *Service > Meldewesen > Bankenstatistik > AnaCredit* abrufbaren Mel-  
deschema für Kreditdaten („AnaCredit-Meldeschema für Kreditdaten“) in der  
jeweils geltenden Fassung.

## **(7) Nationale Kennung**

Als nationale Kennung i. S. v. Art. 9 Abs. 1 Nr. 1 b) der Verordnung (EU) 2016/867 sind für in Deutschland gebietsansässige Vertragspartner die Registernummer (Handelsregister, Vereinsregister, Genossenschaftsregister oder Partnerschaftsregister) und das dazugehörige Registergericht zu melden. Für Vertragspartner, die keine Registernummer und keine Rechtsträgerkennung besitzen, ist als nationale Kennung die Umsatzsteueridentifikationsnummer zu melden, soweit eine solche Nummer für den Vertragspartner besteht. Für Vertragspartner, die keine Registernummer und keine Umsatzsteueridentifikationsnummer besitzen, ist die Steuernummer als nationale Kennung zu verwenden. Bis zum Meldestichtag 31.07.2021 kann auf die Meldung einer vergebenen Umsatzsteueridentifikationsnummer oder einer Steuernummer verzichtet werden, sofern diese Information dem Berichtspflichtigen nicht bereits vorliegt. Bei ausländischen Vertragspartnern, die in einem anderen Berichtsmittgliedstaat ansässig sind, ist die von der jeweiligen nationalen Zentralbank festgelegte nationale Kennung zu verwenden. Für ausländische Vertragspartner, die außerhalb der Berichtsmittgliedstaaten ansässig sind, ist eine in diesem Land übliche Kennung zu melden, die von der Europäischen Zentralbank festgelegt wird.

## **(8) Meldeform**

Die Meldungen sind nach dem von der Deutschen Bundesbank vorgeschriebenen Meldeschema zu erstatten. Sie sind der Deutschen Bundesbank gemäß ihren Vorgaben elektronisch über das Bundesbank-ExtraNet zu übermitteln. Bei der Aufstellung der Meldungen sind die von der Deutschen Bundesbank erlassenen Richtlinien und Einzelstellungennahmen zur Erhebung von granularen Daten zu Krediten und Kreditrisiken zu beachten.

## **(9) Inkrafttreten und Geltung**

Die Anordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft.

Die neu gefassten Meldevorgaben sind erstmals auf die Meldung für den Berichtsmonat August 2020 anzuwenden.

## **2. Aufhebung einer Bundesbankmitteilung**

Die Mitteilung 8001/2016 vom 14. Juli 2016 (BAnz AT 28.07.2016 B4) wird mit Wirkung vom 1. September 2020 aufgehoben.

Deutsche Bundesbank  
Prof. Dr. Buch            Stahl